

Bisexuelles Netzwerk e. V.

Nur per E-Mail

FDP Landesverband Bremen
Dr. Magnus Buhkert, MdBB
- stellv. Vorsitzender -

Violenstraße 47
28195 Bremen

Telefon: +49 172 174 34 65

E-Mail: buhkert@fdp-bremen.de

Internet: www.fdp-bremen.de

Bremen, 20.05.2019

Wahlprüfsteine BiNe

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für Ihre Fragen. Wir haben am 6. März 2019 unser Wahlprogramm beschlossen. Sie finden es unter www.fdp-bremen.de. Zugleich beantwortet das Wahlprogramm der FDP nicht alle Ihre Fragen. Die Antworten entsprechen dem, was wir in der Vergangenheit vertreten haben, was wir vorhaben und in Zukunft vertreten wollen.

Gern beantworte ich Ihre Fragen als stellv. Vorsitzender der FDP Bremen.

Frage 1:

Mangelnde Sichtbarkeit ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Antwort:

Wir Freie Demokraten wollen eine Gesellschaft, in der niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Wir wollen, dass jeder sich angst- und vorurteilsfrei für die von ihm bzw. ihr gewünschte Partnerschaft entscheiden kann. Es kommt nach unserer Auffassung nicht auf die Art der Beziehung, sondern auf den jeweils geliebten Menschen an. Dies leben wir vor: So wollen wir, dass die sexuelle Identität anerkannt und akzeptiert wird.

Frage 2:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere.

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus.

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Antwort:

Wir wollen, dass niemand wegen seiner oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert wird. Wir wünschen uns, dass Jugendliche sowie Heranwachsende und Erwachsene ihre jeweiligen Partnerschaften leben ohne sich outen zu müssen, weil es aus unserer Sicht normal ist, jedwede Partnerschaft untereinander zu leben und wir unterstützen alle, die zu ihrer Art von Beziehung stehen. Wir werden Diskriminierung aktiv entgegentreten und in weiterführenden Bildungseinrichtungen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner installieren, die aktiv vor Diskriminierung schützen.

Frage 3:

Auch Teenager, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen.

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit.

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung sexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Antwort:

Wir werden Diskriminierung nicht dulden und wollen, dass Vertrauenslehrer und -lehrerinnen an allen Schulen ansprechbar und in der Sache weitergebildet sind. Wir wollen, dass alle Lehrerinnen und Lehrer in dieser und anderen Fragen fort- und weitergebildet werden. Den Mittelbedarf können wir hierfür nicht abschätzen, er darf aber nicht Hindernis sein, um hier bedarfsgerecht Mittel zur Verfügung zu stellen.

Frage 4:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr Aufklärung über Bisexualität in der Schule.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Bremen gibt es seit 2015 einen „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“. Bisexuellenfeindlichkeit wird schon im Namen explizit weggelassen. Auch bekommen Bisexuelle keine spezielle Berücksichtigung. Und die hierin zu findende Definition von „bisexuell“ ist nicht anerkannt.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Antwort:

Wir wollen, dass diese, wie auch andere sexuelle Identitäten, angemessen in den Curricula berücksichtigt wird. Damit Lehrerinnen und Lehrer dies können, müssen sie entsprechend aus-, fort-, und weitergebildet werden, um diese Fragen in ihren heterogenen Klassen und Lehrverbänden angemessen vermitteln zu können.

Frage 5:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „Besorgte Eltern“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen. Leider finden sie und andere LSBTI-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör.*

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.*

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

Antwort:

Wir müssen unsere gesamte Gesellschaft vor illiberalen Kräften und intoleranten Kräften schützen. Dies können wir nur, indem wir Weltoffenheit vorleben und verschiedene sexuelle Identitäten akzeptieren. Dies geht nur, indem wir in Schulen dies vorleben und in der offenen Jugendarbeit Angebote machen, in denen Jugendliche in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden.

Zugleich gilt es Kinder und Jugendliche vor Missbrauch zu schützen. Auch dies muss Bestandteil einer umfassenden Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sein.

Frage 6:

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein Initiative zu sexueller Sichtbarkeit.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Antwort:

Wir können uns derartiges vorstellen. Wir maßen uns nicht an zu wissen, wie dies sinnvoll umgesetzt werden kann. Wir würden dies gemeinsam mit Fachkräften entwickeln wollen.

Frage 7:

Die Forschung hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Antwort:

Wir Freie Demokraten stehen zur Freiheit von Forschung und Lehre. Auch betreibt Bremen nur im geringen Umfang eigene Forschungsförderung. Im Rahmen der Zielvereinbarungen könnte und sollte das Thema eines von vielen bspw. im Rahmen der Sozial- und Genderforschung sein.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich Politiker_innen LSBTI-feindlich*

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Antwort:

Zum einen gilt es die Äußerungen zu benennen und zu diskutieren, denjenigen die die Äußerungen gemacht haben die Chance zu geben sich dazu zu erklären und ggf. Fehler ein- und auszuräumen. Als letzte Konsequenz haben die Wählerinnen und Wähler die Chance Politikerinnen und Politiker, die sich entsprechend äußern, nicht wiederzuwählen.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber Hasskriminalität ist ein besonders zu verachtende Straftat.

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Antwort:

Wir wollen alle Menschen vor Hassgewalt schützen. Deshalb wollen wir einerseits das Bewusstsein in der Bevölkerung stärken, andererseits werden wir für ausreichend Polizei und Ordnungskräfte sorgen, damit die Sicherheit in Bremen zu nimmt und der Staat stärker vor Hassgewalt schützen kann.

Frage 10:

Beim Blutspenden werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wir Freie Demokraten wollen diese Regelung abschaffen.

Frage 11:

Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die Reparativtherapien in Deutschland immer noch nicht verboten, auch wenn zurzeit darüber ernsthaft nachgedacht wird und der Weltärztebund bereits 2013 ein Verbot befürwortete.

Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen „Therapien“ zu beschützen? Kann es da nicht ein Europa-weites Verbot geben? Und wie kann es in Zukunft schneller zu sinnvollen Entscheidungen kommen?

Antwort:

Schnell kann das nur auf nationaler Ebene beschlossen werden. Zugleich muss weiter daran gearbeitet werden, dass das Verbot auf die gesamte EU ausgeweitet wird. Wir begrüßen, dass der Bundesrat ein solches Verbot fordert, wie wir Freie Demokraten auch.

Frage 12:

Was möchten Sie noch hinzufügen?

Wir Freie Demokraten stehen für eine freie, weltoffene Gesellschaft. Wir danken allen, die sich (egal welche politische Einstellung sie sonst haben) dafür einsetzen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Magnus Buhlert, MdBB